

Passauer Neue Presse

74. Jahrgang / 44. Woche / Nr. 251

Mittwoch, 30. Oktober 2019

Einzelpreis 1,60 Euro



Über diese Brücke sollen die Haselmäuse gehen. Die 7 Meter hohe und 20 Meter lange Stahlkonstruktion ist hohl und mit Reisig und Laub ausgelegt. Das seit einem Jahr fertige Teilstück der Umfahrung Vilshofen zerschneidet den Lebensraum der Tiere. – Foto: Rucker

Schwarzbuch: Diese Brücke ist für die Katz

München/Vilshofen. Der Bund der Steuerzahler kritisiert in seinem jüngsten Schwarzbuch der Steuerverwendung die Haselmauschwendung die Haselmauschwendung im Landkreis Passau. Die Querungshilfe (Kosten: 93 000 Euro) soll es den possierlichen Tierchen ermöglichen, ihre Lebensräume weiterhin zu nutzen, die durch die neu gebaute Umfahrung (40 Millionen Euro) durchschnitten wurden. Eine Wildkamera belegt: In diesem Sommer hat keine Haselmaus den Weg durch die Stahlkonstruktion gefunden. Angeprangert wird im Schwarzbuch auch die gescheiterte Pkw-Maut. Das Maut-Debakel sei nicht nur eine politische Blamage, sondern vor allem bitter für die Steuerzahler. – pnp/**Bayern**

Die Haselmaus will einfach nicht

In Vilshofen steht eine Brücke für die Tiere, die diese aber nicht nutzen – Steuerzahlerbund rügt Verschwendung auch auf dem Obersalzberg

Von *Helmuth Rucker*
und *Kilian Pfeiffer*

Vilshofen/Berchtesgaden. Es ist zum Mäusemelken! Da hat das Staatliche Bauamt Passau aus seiner Sicht alles getan, um beim umstrittenen Bau der Umfahrung Vilshofen den Schaden an der Natur möglichst gering zu halten bzw. für einen entsprechenden Ausgleich zu sorgen – und was passiert?! Naturschützer wie Medien und auch Bürger stürzen sich allein auf die sogenannte Haselmausbrücke, überschütten sie in TV-Satire-Sendungen oder bei Starkbierfesten mit Häme und Kritik. Genau ein Jahr nach der Freigabe des ersten Streckenabschnitts der Umfahrung (Kosten 40 Mio. Euro) schien Ruhe eingekehrt zu sein – da gießt der Bund der Steuerzahler Bayern erneut Öl ins Feuer, indem er den Bau der 93 000 Euro teuren Querungshilfe ins Schwarzbuch aufnimmt. Darin werden vom Verein einmal jährlich Projekte benannt, die im Verdacht der Steuerverschwendung stehen.

Die einzigartige Haselmausbrücke war noch nicht montiert, da schimpfte bereits der Bund Naturschutz: „Das ist für die Katz!“ Die Haselmaus, die keine Maus ist, sondern zur Familie der Bilche gehört, werde die Querungshilfe aus Stahl nicht annehmen, prophezeite Vilshofens BN-Vorsitzende Helgard Gillitzer. Das Staatliche Bauamt pflanzte entlang der 800 Meter langen ersten Trasse Unmengen von Sträuchern und Büschen und versuchte mit Bäumen, der Haselmaus eine Kletterhilfe zu geben, damit diese den nackten Betonsockel der Brücke überwinden kann. Man sei zuversichtlich, dass die Haselmaus schon im ersten Sommer die Querungshilfe nutzen werde, hieß es seinerzeit.

Eine Wildkamera wurde beidseits montiert. Doch die Haselmäuse taten den behördlichen Straßenbauern den Gefallen nicht. Die Erklärung des Staatlichen Bauamts: „Veränderungen brauchen Zeit, die Natur braucht Zeit – und auch die Haselmaus braucht offenbar Zeit. Diese sollten wir ihr geben.“

Das Staatliche Bauamt fühlt sich ohnehin zu Unrecht kritisiert. Der Bund Naturschutz hatte gegen die Genehmigung der Trasse geklagt und bei der ersten Gerichtsverhandlung – bei der es hauptsächlich um den Schutz der Fledermäuse ging – Haselnüsse mit eindeutigen Fraßspuren hervorgeholt. Bei der Verhandlung vor dem obersten bayerischen Verwaltungsgericht kam es nach umfassenden Umplanungen zu



Diese sieben Meter hohe und 20 Meter lange Stahlkonstruktion soll den Haselmäusen dienen, die links und rechts der neuen Umgehungsstraße in Vilshofen ihren Lebensraum haben. Der Hohlkörper ist mit Ästen und Laub gefüllt. Eine Wildkamera wurde montiert, daher weiß man: Noch hat sie keine Haselmaus genutzt. – F.: Rucker

einem Vergleich. Dabei tauchte erstmals der Vorschlag einer Querungshilfe für Haselmäuse auf, damals noch als Grünbrücke gedacht.

Landrat: „Verzichtet auf die zweite Brücke“

Es wurde eine eigens entwickelte Stahlkonstruktion, die innen hohl ist. Darin befinden sich Reisig und Laub. Um den Naturschützern entgegenzukommen, wurden den Haselmäusen gleich zwei solcher Brücken zugestanden. Nach der bundesweiten Aufregung hat Passaus Landrat Franz Meyer (CSU) jetzt überraschend

den Antrag gestellt, auf die zweite Haselmausbrücke zu verzichten. Auch der Bund Naturschutz besteht ebenfalls nicht darauf und möchte mit den Planern nach Alternativen suchen. Beim Ausbau einer Kreisstraße im Landkreis Passau wurde die Trasse so gewählt, dass Bäume links und rechts neben der Fahrbahn stehen blieben, deren Kronen über der Fahrbahn eine natürliche Brücke bilden. Das war bei dem Neubau der Umfahrung allerdings nicht möglich.

Den Vorwurf der Steuerverschwendung lässt das Staatliche Bauamt in seiner Stellungnahme nicht gelten. Erst die Haselmaus-

brücke habe im gerichtlichen Vergleich für Rechtssicherheit durch unanfechtbares Baurecht gesorgt. Mehrkosten durch weitergehende Klageverfahren mit zeitlichen Bauverzögerungen seien dadurch vermieden worden.

Der Bund der Steuerzahler meint denn auch, dass die Kosten von 93 000 Euro im Vergleich zu den Gesamtkosten für die Ortsumgehung Vilshofen (40 Mio. Euro) gering seien und man hoffe, die Haselmaus werde „tatsächlich einmal den Weg über die Brücke finden“.

Ein weiteres Negativbeispiel in Sachen Steuerverschwendung ist laut Steuerzahlerbund das Dokumentationszentrum auf dem



Die Haselmaus – gerade mal 10 cm groß – gehört zur Familie der Bilche. Jetzt befindet sie sich im Winterschlaf.



Der Erweiterungsbau des NS-Dokumentationszentrums auf dem Obersalzberg kostet statt 14,6 nun über 30 Millionen Euro. – F.: Pfeiffer

Obersalzberg. Demnach „laufen die Kosten für den Erweiterungsbau aus dem Ruder“. Statt ursprünglich geschätzter 14,6 Millionen Euro soll das aktuell im Bau befindliche Projekt nun über 30 Millionen Euro kosten.

Weitere fast 9 Millionen fürs Dokumentationszentrum

Als Ursache für die Kostensteigerung waren die Lüftungstechnik, der Brandschutz und die Barrierefreiheit genannt worden. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayerischen Landtag hatte die Kosten, die auf 21,35 Millionen Euro angehoben worden waren, im Jahr 2016 zunächst auf den Prüfstand gestellt, später dann aber grünes Licht gegeben. Schon damals hatte der Erweiterungsbau Einzug ins Schwarzbuch gefunden. Wegen „nicht fristgerechter Leistungen des Tragwerksplaners“ war es im Folgenden zu weiteren Verzögerungen gekommen. Auch die Witterung und ein harter Winter machten den Verantwortlichen zu schaffen, wie Martin Julinek vom Staatlichen Hochbauamt Traunstein gegenüber der Heimatzeitung im Januar bestätigte.

Lohn- und Materialpreisteigerungen, vor allem bedingt durch die gute Auftragslage des Handwerks, erhöhten die Kosten deutlich.

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigte im März diesen Jahres, nach viel öffentlicher Kritik, einen weiteren Nachtrag in Höhe von 8,75 Millionen Euro. „Eine Mischung aus Nachlässigkeiten und Bewertungsoptimismus“ – so bewertete damals etwa Grünen-Landtagsabgeordneter Tim Pargent die Gründe für die Kostenexplosion. Die Grünen warfen der Staatsregierung Mitschuld an der Kostensteigerung vor: Verantwortungslos werde am Obersalzberg mit Steuergeldern umgegangen. Angedacht war, die Bauarbeiten im Sommer 2020 abzuschließen. Nun wird es mindestens Ende 2020 werden. Der Bund der Steuerzahler schreibt dazu im „Schwarzbuch 2019“: „Die Leidtragenden dieses finanziellen Abenteuer werden letztlich die bayerischen Steuerzahler sein. Es bleibt zu hoffen, dass die Kosten nicht noch weiter explodieren und dass der anvisierte Fertigstellungstermin eingehalten werden kann.“

Wo sonst noch Steuergelder verpulvert werden

München/Berlin. In Bayern prangert der Bund der Steuerzahler Steuerverschwendung in dreistelliger Millionenhöhe an. Bundesweit sind im „Schwarzbuch“ rund 100 Beispiele aufgelistet. Eine Auswahl der gravierendsten und kuriossten Fälle:

PKW-MAUT: Das Maut-Debakel sei nicht nur eine große politische Blamage, sondern vor allem bitter für die Steuerzahler, hieß es bei der Vorstellung des neuen „Schwarzbuchs“ in Berlin. Neben Vorbereitungskosten von rund 83 Millionen Euro stünden Schadenersatzforderungen der gekündigten Auftragnehmer von mehreren hundert Millionen Euro im Raum.

TECHNIKMUSEUM: Bei dem weltweit bedeutendsten Deutschen Museum in München müssen Bund und Freistaat kräftig nachlegen. Die Kosten für die Generalsanierung des Technikmuseums seien seit 2011 von 400 Millionen Euro auf voraussichtlich 595 Millionen gestiegen.

STAATSARCHIV: In Unterfranken stößt dem Verband der geplante Umzug des Staatsarchivs



In München wurden im Sommer zwei Parkplätze in Aufenthaltsräume mit Sitzmöbeln für Fußgänger umfunktioniert. Der Steuerzahlerbund moniert: 160 000 Euro Kosten für zwei Monate Nutzung. – Foto: dpa

von Würzburg nach Kitzingen auf. Es sei zwar ein hehres Ziel, durch solche Behördenverlagerungen ländliche und strukturschwache Gebiete zu fördern, heißt es im Schwarzbuch. Doch aus Sicht der Steuerzahler stelle sich die Frage, ob die „erhofften positiven Effekte“ noch im Verhältnis zu den Kosten von weit mehr als 50 Millionen Euro stehen, wenn gerade einmal

ca. 20 Arbeitsplätze durch die Ansiedlung des Staatsarchivs in Kitzingen neu geschaffen werden sollen.

ABSCHIEBEGEFÄNGNIS: Fast sieben Millionen Euro lässt sich Bayern eine provisorische Abschiebehaftanstalt am Münchner Flughafen kosten – für gerade einmal etwa 16 Monate Betriebszeit. Während monatlich 425 000 Euro

Miete für eine Flugzeugwartungshalle fällig werden, werden Monat für Monat durchschnittlich gerade einmal 18 Flüchtlinge für ein paar Tage vor dem Abschiebebefehl inhaftiert. Somit entstünden Bayern „mehr als 23 000 Euro an Kosten pro untergebrachtem Asylbewerber“.

LANDRATSAMT: Der oberbayerische Landkreis Ebersberg hat für zwölf Millionen Euro ein ehemaliges Kreissparkassengebäude als Außenstelle der Kreisverwaltung erworben. Die Kosten für den geplanten Umbau sind von einem „groben Kostenrahmen“ in Höhe von 3,3 Millionen auf mittlerweile etwa 15 Millionen Euro geklettert.

SUMMER STREETS: Für einen Pilotversuch hat München heuer zeitweise an zwei Orten Parkplätze beispielsweise mit Kunststoff-Sitzmöbeln zu Aufenthaltsräumen für Fußgänger umgewandelt. Das Projekt „Summer Streets“ folgte einer Idee aus Stockholm. Der Steuerzahlerbund hält die zwei Monate lange Umnutzung von 29 Autostellplätzen für frag-

würdig: 160 000 Euro habe die Landeshauptstadt für das Modellvorhaben lockergemacht.

KUNSTWERK: Entfernt wurde ein teures Kunstwerk in einer Berliner Schule – von Einbrechern. Der Fall machte bundesweit Schlagzeilen: Die Grundschule im Stadtteil Biesdorf hatte eine Art Vogelnest aus Feingold in einer Vitrine ausgestellt. Für das Werk und die Sicherheitsvorkehrungen wurden laut Stadtverwaltung insgesamt 92 500 Euro gezahlt. Schon kurz nach der Aufstellung der Vitrine mit dem Goldnest gab es einen ersten „Einbruchversuch“, ein zweiter folgte – der dritte hatte schließlich Erfolg. Bisher ist der Fall nicht aufgeklärt. „Der Senat gibt den Sanierungsstau an den Berliner Schulen mit insgesamt 3,9 Milliarden Euro an“, kommentierte der Steuerzahlerbund. „Da werden Ausgaben von 92 500 Euro für ein winziges Kunstwerk aus massivem Gold tatsächlich viele Fragen über den Wert von Bildung auf.“

KÜNSTLICHE WELLE: In Stuttgart zahlte die Stadtverwaltung

93 000 Euro für eine Machbarkeitsstudie zu der Frage, ob auf dem Neckar eine künstliche Welle zum Surfen eingerichtet werden kann, wie es private Investoren vorhatten. Während des weiteren Verfahrens wies jedoch das Landesgesundheitsamt laut Steuerzahlerbund nach, „dass der Neckar dauerhaft mit Fäkalien und Krankheitserregern belastet ist“. Die Baumaßnahmen für die künstliche Welle wurden deshalb nicht genehmigt.

BLAUE SCHILDER: Einen Eintrag im „Schwarzbuch“ bekam auch die Hochstufung der Bundesstraße 6 zur Autobahn 36 in Sachsen-Anhalt. Hier müssen nun auf rund 100 Kilometern Länge statt gelber Schilder blaue Exemplare aufgestellt werden. Kostenpunkt: knapp 2,85 Millionen Euro plus Planungs- und Verwaltungsaufwand. „Für die Autofahrer ändert sich, abgesehen von den neuen Schildern, nichts“, moniert der Steuerzahlerbund. Denn die Bundesstraße war bereits als vierspurige Straße autobahnähnlich ausgebaut.

„Keine schlüssige Begründung“

Haselmausbrücke: Bauamt weist Kritik der Steuerverschwendung zurück

Vilshofen. Die Haselmausquerung bei Vilshofen steht im diesjährigen Schwarzbuch der Steuerzahler. Das Staatliche Bauamt Passau nahm nach der Veröffentlichung dazu Stellung. „Es fehlt eine schlüssige Begründung des Steuerzahlerbunds, warum das Bauwerk Steuergeldverschwendung sein soll.“ Denn das Staatliche Bauamt ist nicht dieser Meinung und gibt dazu eine Begründung, „warum die Haselmausquerung notwendig ist“.

In der den Medien zugestellten Erklärung heißt es: „Da die neue Ortsumgehung Vilshofen den Lebensraum der Haselmaus durchschneidet, wurde die Baugenehmigung nur unter der Auflage erteilt, dass gemäß den geltenden Gesetzen zum Natur- und Artenschutz eine Querungshilfe für die Haselmaus installiert wird. Diese Maßnahme wurde zusammen mit externen Experten erarbeitet und soll es der streng geschützten Haselmaus ermöglichen, ihren angestammten Lebensraum weiterhin zu nutzen.“

Im Zuge eines seit März laufenden Monitorings habe ein Vorkommen der Nager im Biotop neben der neu gebauten Umgehungsstraße nachgewiesen werden können. Das Bauamt: „Somit konnte die nachträgliche Kritik des Bund Naturschutz, dass sich die Haselmaus aufgrund der Bautätigkeit aus diesem Biotop zurückziehen wird und somit die Haselmausquerung überflüssig ist, durch aktuelle Untersuchungen entkräftet werden.“ Frische



Die 93 000 Euro teure Querungshilfe für Haselmäuse kam ins Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler Bayern. Das Staatliche Bauamt macht klar: „Ohne Haselmausquerung gäbe es keine Ortsumgehung.“ – F.: Rücker

Fraß- und Kotpuren im Biotop an der Ortsumgehung würden „eindeutig die Aktivitäten der kleinen Nagetiere“ belegen. Die Tiere, die zur Familie der Bilche gehören, befinden sich jetzt bereits wieder im Winterschlaf.

Weiter heißt es in der Stellungnahme des Bauamts: „In seiner Beurteilung lässt der Bund der Steuerzahler geltende Naturschutzgesetze und das Gerichtsurteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes (...) völlig außer Acht. Es reicht aber nicht aus, als Bund der Steuerzahler rein nach monetären Gesichtspunkten zu entscheiden, viel-

mehr bedarf es der fachlichen Kompetenz, ökologische Sachverhalte erkennen und beurteilen zu können.“

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof habe sich – so das Bauamt – mehrere Jahre mit dem Artenschutz in Zusammenhang mit dem Bauvorhaben beschäftigt und sich tief in die Materie eingearbeitet. „Mit seinem Urteil auch zu den Haselmausquerungen hatte der Bund Naturschutz weitere angedrohte Klagen zurückgenommen. Diese hätten noch we-

sentlich mehr Kosten verursacht als die jetzige Querungshilfe von rund 93 000 Euro. Dem Steuerzahler konnten so wesentlich höhere Kosten erspart werden.“ Auch daher habe das Bauamt dem Urteil zugestimmt.

Das Bauamt glaubt, dass sich der Steuerzahlerbund in seiner Beurteilung selbst nicht ganz sicher zu sein scheine, ob es sich um Steuergeldverschwendung handle. „Dann wäre es sinnvoll gewesen, mit einer Einschätzung noch etwas abzuwarten und der Natur die benötigte Zeit zu geben“, kontert die Behörde. – red